

A. Leitantrag an die 2. Tagung des 14. Landesparteitag

A.1. *Nach der Wahl ist vor den Wahlen: Sozialistische Politik für Sachsen*

ÄA.1.22. Änderungsantrag zum Leitantrag

Einreicher: Danilo Streller

Unterstützer*innen: LAG Frieden und Internationale Politik (FiP)

Der Landesparteitag möge folgende **Ersetzung** beschließen:

Zeilen 51f alt: *„Dafür bildet unser Ansatz „Für eine Republik Europa“ die Grundlage. Darauf aufbauend entwickeln wir weitere Ideen und Konzepte.“*
(der nachfolgende Satz als neuer Absatz darunter)

ersetzen durch Zeile 51ff neu:

Grundlage der Debatte bildet dabei unser Bundestagswahlprogramm: „DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine grundsätzliche soziale und demokratische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen.

Wir wollen DIE LINKE europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU bewahren. Nur so kann Europa, kann eine soziale, demokratische EU eine wirkliche und dauerhafte Antwort auf die jahrhunderte lange Geschichte von Kriegen und Gewaltherrschaft in Europa sein – insbesondere dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus. Ein Scheitern der EU würde dem Nationalismus und Rassismus in Europa weiteren massiven Auftrieb geben.“

Begründung:

Der Landesvorstand der sächsischen LINKEN unterstützte den Änderungsantrag „Für eine Republik Europa“, der auf dem letzten Bundesparteitag allerdings keine Mehrheit fand. Es wurde in Hannover deutlich, dass mit der Formulierung „Republik Europa“ eine (gefährliche) Illusion über den neoliberalen, militaristischen und undemokratischen Charakter der gegenwärtigen EU und die Rolle der BRD als europäische Hegemonialmacht erzeugt wird. Daher sollte in der Debatte über eine linke Alternative zur gegenwärtigen Verfasstheit Europas und der EU mit Blick auf die Europawahl 2019 ein „sächsischer Sonderweg“ vermieden und im Landesverband das Thema intensiver als bisher diskutiert werden.

Wir schlagen dabei folgende Richtung vor: Zweifelsfrei geht mit der ökonomischen Krise der Europäischen Union eine politische einher. Dabei sollte die Funktion einer sozialistischen Partei vornehmlich darin liegen, konsequent über das Vertragswerk aufzuklären: Die verschärfte Standortkonkurrenz nach innen und außen steht in Widerspruch zu sozialer, ökologischer und friedlicher Entwicklung sowie zu internationaler Solidarität und gerechter globaler Zusammenarbeit.

Menschlich verheerende Spardiktate, verschärfter Privatisierungsdruck und sich weiter zuspitzende soziale Ungleichheit zwischen „Kern-Europa“ und der Peripherie prägen zunehmend das Bild einer sich entsolidarisierenden EU. Die Außengrenzen der Nationalstaaten wurden nicht aufgehoben, sondern an den Rand des EU-Gebiets verschoben und durch Frontex im Gegensatz zu humanitärer Seenotrettung „abgesichert“. Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) findet immer noch und teilweise unbeobachteter Militarisierung und Krieg (beispielsweise die Operation Atalanta vor der Küste Somalias) statt. Außerdem schürt die sogenannte Europäische Nachbarschaftspolitik Konfliktherde in Osteuropa, im Nahen Osten und in Nordafrika.

Diese Entwicklungen sind nicht ausschließlich tagespolitische Entscheidungen, sondern sind tief in die Geschichte und das Vertragswerk der EU eingeschrieben. Unsere Forderungen und Kämpfe als LINKE weisen darüber hinaus.

Eine Weiterentwicklung der Kompromissformel vom „Neustart der Europäischen Union“ ist durchaus notwendig, sollte aber – auch im sächsischen Landesverband – ergebnisoffen angegangen werden. Gerade eine Linke, die sich für das Gelingen einer europäischen Einigung einsetzt, muss die Debatte über die jetzigen neoliberalen Vertragsgrundlagen der EU offen führen.

Quelle Bundestagswahlprogramm:

<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/xvi-fuer-ein-europa-der-menschen-statt-der-banken-und-konzerne/>

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____